

Die „neuen Kriege“ sind die alten

Die Begrifflichkeit befriedigt lediglich das Legitimationsbedürfnis der Sicherheitsapparate;

aus: vorgänge Nr. 193, Heft 1/2011, S. 88-93

Publikationen zum Thema Krieg durften immer schon auf einen weiten Leserkreis hoffen. Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 hat sich für das Thema aber offenbar noch eine zusätzliche Aufmerksamkeitsprämie ergeben. Der Begriff füllte eine Lücke: Bis zum Ende der Sowjetunion erschienen selbst in Teilen der Wissenschaft alle kriegerischen Konflikte als bloße „Stellvertreterkriege“ der Supermächte. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts fehlte es an Kategorien, die Vielfalt der innerstaatlichen Kriege außerhalb Europas zu kennzeichnen. Die besondere Konjunktur der Redeweise von den „neuen Kriegen“ hatte aber auch damit zu tun, dass sich global für staatliche Sicherheitsagenturen ein Legitimierungsbedürfnis aufgetan hat, für dessen Befriedigung neue Leitkonzepte dringend nötig geworden waren.

Der eigentümliche Erfolg, den der Begriff der „neuen Kriege“ in den letzten zehn Jahren hatte, so die These dieses Beitrags, ist weniger durch empirische Veränderungen begründet als durch diese Veränderungen der Wahrnehmung und Bewertung eines bis dahin nur marginal zur Kenntnis genommenen Kriegsgeschehens außerhalb Europas und, zu Beginn der 1990er Jahre, auch an dessen Rändern.

Von einer Epochenwende zwischen „alten“ und „neuen“ Kriegen kann aber, wie im Folgenden entlang der einschlägigen wissenschaftlichen Beiträge gezeigt werden soll, keine Rede sein. Mit dem Ausdruck „alte“ Kriegen wurde dabei unterstellt, dass das bisherige Kriegsgeschehen auf der Welt der Logik gehorcht hätte, die Carl von Clausewitz und andere als die Logik des Krieges zwischen Staaten formuliert hatten. Demnach stünden sich im Krieg klar unterscheidbare, staatlich organisierte Akteure gegenüber, die nach politischen Vorgaben von Regierungen handeln. Martin van Creveld (1999) und Mary Kaldor (1998) glaubten zu entdecken, dass dieses Bild des Krieges für die Gegenwart unzutreffend geworden sei und sprachen deshalb von „neuen Kriegen“: Die Kriege seit Beginn der 1990er Jahre seien von der Habgier der Akteure geprägt, von einer Barbarisierung der Gewaltpraktiken und von einer Entstaatlichung, ja Entpolitisierung. Herfried Münkler (2002) hat diese Thesen in Deutschland populär gemacht.

Kritiker der These von den „neuen Kriegen“ haben vor allem darauf hingewiesen, dass mindestens seit dem Zweiten Weltkrieg innerstaatliche Kriege mit ganz anderen Kategorien zu begreifen seien, als sie die theoretische Fassung von Clausewitz nahelegen würde (vgl. Marchal/Messiant 2001, Marchal 2003, Matthies 2004; Schlichte 2002, 2006). Nach wie vor wird in den innerstaatlichen Kriegen in Afrika und Asien, nachlassend auch in Lateinamerika, um den Wechsel des Regimes, um Sezession oder Autonomie, oder aber um politische Umgestaltung gekämpft. Weder an den politischen, Hintergründen noch an den Gewaltpraktiken oder an den Motiven der Kämpfenden hat sich etwas grundlegend verändert (vgl. Gantzel/Meyer-Stamer 1986, Jung et al. 2003).

Das Bild des Krieges in der europäischen Geschichte sei zudem idealisiert und hätte mit den tatsächlichen Gewalterfahrungen etwa im Ersten oder Zweiten Weltkrieg eben-so wenig zu tun wie mit den Kriegen außerhalb dieses historischen Erfahrungsraumes. In einem zentralen Aufsatz hatte Stathis Kalyvas (2001), ein Spezialist für den griechischen Bürgerkrieg in den 1940er Jahren, schon auf die mangelnde empirische Begründetheit der „neue Kriege“-These hingewiesen. Umfangreichere Studien wie von Kahl/Teusch (2004) und Chojnacki (2004) haben kurz danach systematisch nachgewiesen, dass sich die Thesen von Kaldor und

Münkler nicht empirisch belegen lassen.

Warum aber sind diese Thesen dennoch so erfolgreich gewesen? Publikationen mit dieser These sind nicht nur kommerziell erfolgreich, sondern werden bis heute breit rezipiert. Herfried Münklers Essay wurde sogar von der Bundeszentrale für Politische Bildung in Lizenz übernommen und mit großer Auflage günstig vertrieben.

Das oben angesprochene Orientierungsbedürfnis erklärt diesen Erfolg nur zum Teil. Die „neue Kriege“-These ist auch deshalb so populär, weil sie im politischen Feld funktional ist. Die Publikationen zum Thema lassen sich wohl am ehesten lesen als Beiträge zur Etablierung einer „legitimen Problematik“, in der sich politische Ordnungsvorstellungen und theoretische Haltungen vermischen. Damit soll nicht insinuiert werden, es handele sich um absichtsvolle Konstruktionen. Instrumentell ist nur der Gebrauch, der von diesen Thesen im politischen Feld vor allem von Sicherheitsagenturen gemacht wird, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts auf verzweifelter Suche nach einer legitimierenden Identität und einer plausiblen Agenda sind (vgl. Bigo 2010)

Entstaatlichte Kriege?

Regierung, Armee, Volk — diese Dreiteilung sei in den laufenden Kriegen immer weniger zu beobachten, stattdessen sei eine „Entstaatlichung des Krieges“ (Münkler 2002: 33) erkennbar. All jene Grenzziehungen, die den klassischen Krieg kennzeichneten, wie die zwischen Kombattanten und Zivilisten, zwischen eigenem und fremden Territorium, zwischen Ökonomie und Politik, und eben auch zwischen Regierung, Armee und Volk oder Bevölkerung, schwänden dahin und seien für die Realität des Krieges immer weniger maßgeblich.

Nicht nur die Geschichte der Kolonialkriege, sondern selbst des Zweiten Weltkriegs zeigt jedoch, dass eine Delegation der Gewalt an informelle Truppen, die Bewaffnung von Milizen und die Eigeninitiative von Vigilanten seit jeher zum Gesicht des Krieges gehören. Es ist eher eine Idealisierung der europäischen Kriege als „staatlich gehegte“ Kriege, die die heutigen innerstaatlichen Kriege als unregelt und entstaatlicht erscheinen lassen.

Aber auch der Vergleichspunkt ist nicht real: Das Bild vom „gehegten Krieg“, der in Europa seit dem Westfälischen Frieden dominiert habe, ist eher das Resultat einer idealisierenden Militärgeschichtsschreibung. Die Hinweise, die sich aus der historischen Literatur über die Realität der kriegerischen Gewalt außerhalb Europas ergeben, erwecken weiteren Zweifel an der These der Verstaatlichung des Krieges. Jede Kolonialgeschichte ist voll von Geschichten irregulärer Gewalt. Im historischen Längsschnitt ist die staatliche Hegung des Krieges auch in Europa die Ausnahme, und sie scheint auch für die Kriegsgeschichte nach 1945 keineswegs typisch gewesen zu sein (vgl. Kalyvas 2004). Umgekehrt lässt sich die Gewalt der Kriegaakteure in den vermeintlich „neuen“ Kriegen ebenso gut als Teil einer kriegerischen Staatsbildung lesen (Schlichte 2009), die nicht gewaltsamer ist, als es die Geschichte des Staates in Europa war.

Habgier als Motiv

Vor allem vom Motiv der Bereicherung und materiellen Besserstellung sollen die Akteure der „neuen Kriege“ geleitet sein. Ökonomisch, so der Kern dieser These, beruhen „neue Kriege“ nicht mehr auf der

Umstellung der Produktion auf Kriegswirtschaft, wie in großen Staatenkriegen, sondern auf Plünderung bzw. auf der Monopolisierung von Reichtumsquellen, wie etwa Exporteinkünften. Im Dienste der Weltbank hatten sich da-her in jüngerer Zeit auch Ökonomen des innerstaatlichen Krieges angenommen und versucht, ihre Entstehung und innere Dynamik zu modellieren (vgl. Collier 1999). Die theoretische Figur, auf der diese Interpretation ruht, ist ein utilitaristischer Individualismus, die Gewalt hängt ab von „incentives“. Gewaltrisiken seien dort hoch, wo der Export von Primärgütern eine große Rolle spielt. Je stärker ein Land vom Export weniger Rohstoffe abhängt und je ärmer die Bevölkerung sei, so die These, desto größer ist die Gefahr eines innerstaatlichen Gewaltkonflikts. Den Herausforderern der staatlichen Macht ginge es nur um die Aneignung dieser Rohstoffrenten.

Die international anwachsende Literatur zu dem, was zusammenfassend „Kriegsökonomien“ genannt wird, schien diese Einschätzung zu bestätigen (Le Billon 2000). Die Verfügung über Erdöl, Diamanten, Kunstschatze, Eisenerz und andere mineralische Rohstoffe spielt in vielen Konflikten bis heute eine Rolle. Überall überwiege bei den Krieg führenden Parteien das materielle Interesse an der Aneignung dieser Güter, während demgegenüber politische Zielsetzungen an Bedeutung verloren hätten.

Die Motivationen der Akteure in zeitgenössischen Kriegen lassen sich deshalb aber nicht auf ökonomische Interessen reduzieren, ebenso wenig wie das Motiv der materiellen Besserstellung in früheren Kriegen bedeutungslos war. Und die Tatsache, dass sich staatliche wie nicht-staatliche Kriegsakteure auch materiell reproduzieren müssen, ist eigentlich ein Gemeinplatz. Die „Bedarfsdeckung des politischen Verbandes“, wie es bei Max Weber heißt, ist für alle organisierten Kriegsakteure zu allen Zeiten eine Notwendigkeit gewesen. So verdienstvoll es ist, mit der Betonung der ökonomischen Dimension jedes Krieges die Vereinseitigungen des kulturellen Essentialismus zu überwinden, der etwa in der Interpretation der Kriege im ehemaligen Jugoslawien eine große Rolle gespielt hat, so wenig sollte die Entdeckung dieser Dimension zu neuen Vereinseitigungen führen.

Barbarisierung der Gewalt

In den Kriegen der Gegenwart lässt sich, so eine weitere These der Proponenten der „neuen Kriege“, eine Entgrenzung der Gewalt beobachten. Nicht mehr die Unterstützung durch die Zivilbevölkerung ist das Ziel der Gewaltstrategien, sondern der rücksichtslose Einsatz massiver Gewalt gegenüber Zivilisten ist das Kennzeichen der neuen Kriege. Zur Unterstützung dieser Thesen werden vor allem Beispiele aus den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien und in Westafrika angeführt, die als Belege für eine Entgrenzung der Gewalt dienen sollen. In den dort beobachteten „bestialischen“ Praktiken (Heupel/ Zangl 2003:11) seien zwar wenigstens teilweise rationale Strategien erkennbar, die Gewalt ist aber einigen Autoren zufolge tendenziell anomisch. Die Gewalthandlungen richteten sich in den neuen Kriegen nicht mehr gegen den militärischen Gegner, sondern gegen die Zivilbevölkerung, und nur eine „einfache, apolitische Gewalt“ sei zu beobachten (de Soysa/Gleditsch 1999: 29).

Die gleichzeitige Anwesenheit von sehr unterschiedlichen Gewaltpraktiken kennzeichnet das Kriegsgeschehen spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg. Der empirische Nachweis für einen grundsätzlichen Wandel der Gewaltpraktiken ist nicht nur aus methodischen Gründen schwierig. Es fehlen auch die Voraussetzungen dafür, den moralischen Charakter von Gewaltpraktiken wissenschaftlich zu bewerten. Warum die Gewalt der innerstaatlichen Kriege „bestialisch“ ist, während die Qualen der Lager im Zweiten Weltkrieg sich noch als „politisch“ begreifen lassen sollen — für solche Urteile fehlen der Wissenschaft wohl noch die Kriterien.

Der Blick auf das, was im Krieg geschieht, offenbart jedenfalls keinen gravierenden Unterschied zwischen vergangenen Zeiten und der Gegenwart. Es lässt sich nicht erkennen, dass sich zeitgenössische Kriege im Hinblick auf die in ihnen eingesetzten Gewaltpraktiken grundsätzlich von früheren unterscheiden. Schon ein

kursorischer Vergleich von klassischen Dekolonisationskriegen, etwa in Algerien oder Indochina in den 1950er und 1960er Jahren, oder Berichten über den Krieg der jugoslawischen Partisanen gegen die Wehrmacht mit gegenwärtigen Kriegen macht dies deutlich.

Empirisch lässt sich für alle Kriege nach 1945 zeigen, dass die Phänomene, die von heutigen Autoren als „barbarisch“ von „normalen“ Gewaltpraktiken unterschieden werden, gleichzeitig vorkommen. Gewiss besteht ein Unterschied zwischen dem Krieg straff hierarchisch geführter Armeen und den Zusammenstößen von kleinen, nur lose strukturierten Rebellenbewegungen. Doch alle vorliegenden dichten Beschreibungen von kriegerischen Konflikten nach 1945 verdeutlichen nur, dass in der Realität die Kriegführung von der Ungleichzeitigkeit von Gewaltformen geprägt ist, zu der der stabsmäßig organisierte und kontrollierte Gewalteininsatz genauso gehört wie Phänomene der Entgrenzung der Gewalt. Im parallelen Auftreten von Bombardements aus der Luft, Hinterhalten der Guerilla und Raubzügen in Dörfern wird die Gleichzeitigkeit von hochmoderner und traditionaler Kriegführung offensichtlich, wie sie das Kriegsgeschehen seit dem Zweiten Weltkrieg prägen.

Die Politik der „neuen Kriege“

Wenn westliche Beobachter die Veränderung politischer Herrschaft außerhalb der OECD interpretieren, dann hat sich dafür der Begriff des „Staatszerfalls“ eingebürgert. Demnach nisten sich in diesen unkontrollierten Zonen kriminelle und terroristische Netzwerke ein, die den Frieden und den Wohlstand in diesen Teilen der Welt, aber auch im Westen bedrohen. Das Ineinanderschieben von gewaltsamen Konflikten um politische Herrschaft, von „organisierter Kriminalität“ und von „globalem“ Terrorismus droht sich zu einer neuen legitimen Problematik zu verdichten, die für die unterschiedlichsten institutionellen Rhetoriken und Legitimationsdiskurse verwendbar wird. Es gibt nicht bloß eine Konjunktur für Sicherheitsexperten: Die Rede von Bedrohungen ist selbst schon eigendynamisch geworden.

So gibt es viele Gründe, die These der „neuen Kriege“ abzulehnen: Der *erste* betrifft die Frage der gesteigerten Aufmerksamkeit. Den Debatten über „neue Kriege“, über Kriegsökonomien und, nach dem 11. September, auch über den Terrorismus muss man zugute halten, dass sie ein Thema wiederentdeckt haben, das in der Politikwissenschaft lange ein Randdasein führte, nämlich den innerstaatlichen Krieg. Doch wo immer neue Aufmerksamkeiten entstehen, ist zu prüfen, ob das behauptete Wachstum tatsächlich vorhanden ist oder ob es sich nicht um ein Produkt eben dieser erhöhten Aufmerksamkeit handelt. Der *zweite* Grund betrifft die Quellenlage. Der „selection bias“ bei der Auswahl der Belege ist eklatant, und keine der Thesen lässt sich empirisch wirklich belegen.

Der *dritte* Grund rührt aus dem politischen Gebrauch des Konzepts: Das Legitimierungsbedürfnis der staatlichen Apparate, die Verunsicherung oder auch nur Nachdenklichkeit der Bevölkerung und die Prämie, die sich Wissenschaftlern bietet, die zum Thema etwas anzubieten haben, treffen sich in diesem Diskurs über die neuen Bedrohungen. Der „globale Terrorismus“, das „Scheitern von Staaten“ wie auch die „organisierte Kriminalität“ — das sind die Schlüsselworte der heutigen Sicherheitspolitik. Als „neue Herausforderungen“ machen sie erforderlich, dass 2009 auf der Welt 1531 Milliarden US-Dollar für den Erhalt und Ausbau von Militär, Polizei und Geheimdiensten ausgegeben wurden, eine Steigerung um 49 Prozent seit dem Jahr 2000 (SIPRI Yearbook 2010). Während die Zahl der pro Jahr geführten Kriege seit 1992 rückläufig ist, kommt die These von den „neuen Kriegen“ einem globalen Sicherheitssystem gerade recht, das neue Bedrohungen braucht, um seine Existenz zu sichern.

Literatur

Bigo, Didier (2010): Sicherheit und Itilmigration. Zu einer Kritik der Gouvernmentalität des Unbehagens, in: Margarete Misselwitz / Klaus Schlichte (Hg.) 2010: Politik der Unentschiedenheit. Die internationale Politik und ihr Umgang mit Kriegsflüchtlingen, Bielefeld: Transkript, 39-76.

Le Billon, Philippe (2000), The Political Economy of War. An annotated bibliography, London: Overseas Development Institute.

Chojnacki, Sven (2004), »Wandel der Kriegsformen? – Ein kritischer Literaturbericht«, Leviathan, Jg. 32, H. 3, S. 402-424.

Collier, Paul, (1999), On the Economic Consequences of Civil War', Oxford Economics Papers, Jg. 51, H. 4, S. 168-183.

Creveld, Martin van (1998), Die Zukunft des Krieges, München.

Gantzel, Klaus Jürgen / Meyer-Stamer, Jörg 1986: Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg. Daten und Tendenzen, Hamburg.

Heupel, Monika /Zangl, Bernhard 2004: Von „alten“ und „neuen“ Kriegen – Zum Gestaltwandel kriegerischer Gewalt. In: Politische Vierteljahresschrift, Heft 3, 46–369.

Jung, Dietrich / Schlichte, Klaus / Siegelberg, Jens (2003), Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt (1945-2002), Wiesbaden.

Kahl, Martin / Teusch, Ulrich (2004): Sind die >neuen Kriege

Kaldor, Mary (1999), New and old wars. Organized violence in a global era, Stanford, Cal.

Kalyvas, Stathis (2001), New wars, old wars – is the distinction valid?, in: World Politics, Jg. 54, H. 1, S.99-118

Kalyvas, Stathis (2004), The Ontology of „Political Violence“: Action and Identity in Civil Wars, unpubl. Ms.

Kaufmann, Franx-Xaver (2004), Sozialstaatliche Solidarität und Umverteilung im internationalen Wettbewerb,

Marchal, Roland (2000), Atomisation des fins et radicalisme des moyens. De quelques conflits africains, in: Critique internationale, H. 6, S. 159-175.

Marchal, Roland (2003), Conclusion, Ders. /Hassner, Pierre (Hg.): Guerres et societes. Etat et violence apres la Guerre froide, Paris: Karthala, 356-379.

Marchal, Roland/Messiant, Christine (2001), Les guerres civiles ä l'ere de la globalisation. Nouvelles realites et nouveaux paradigmes, in: Critique internationale, H. 18, S. 91 -112

Matthies, Volker 2004: Eine Welt voller neuer Kriege ?, in : Der Bürger im Staat, 54. Jg., Heft 4, 185-190.

Münkler, Herfried (2002), Die neuen Kriege, Reinbek: Rowohlt.

Schlichte, Klaus (2002), Neues über den Krieg? Einige Anmerkungen zum Stand der Kriegsforschung in den Internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 9, 1, 113-138

Schlichte, Klaus 2006: Staatsbildung oder Staatszerfall? Zum Formwandel kriegerischer Gewalt in der Weltgesellschaft, in: Politische Vierteljahresschrift 47. Jg., Heft 4, 547-570.

Schlichte, Klaus 2009: In the Shadow of Violence. The politics of armed groups, Frankfurt a.M.: Campus.

SIPRI-Yearbook 2010: Stockholm Institute for Peace Research, Yearbook 2010, (<http://www.sipri.org/yearbook/2010/05>, Letzter Zugriff am 1. März 2011)

Soysa de, I. / Gleditsch, Peter (1999), To Cultivate Peace: Agriculture in a World of Conflict, PRIORReport 1/1999, Oslo.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/193-vorgaenge/publikation/die-neuen-kriege-sind-die-alten/>

Abgerufen am: 26.04.2024